

Was passiert in der Europäischen Union?

Trotz langjähriger wortreicher Bekenntnisse zum Grundsatz der Netzneutralität hat die Europäische Kommission im September 2013 einen Verordnungsentwurf vorgelegt, der europaweit Managed Services, Inhaltsblockaden und Deep Packet Inspection legalisiert. Zwar erwähnt der Entwurf das Prinzip der Netzneutralität, wirkliche Garantien enthält er jedoch nicht. Zahlreiche konturenlose Ausnahmen und unbestimmte Rechtsbegriffe verwässern das Prinzip, wodurch rechtliche Hintertüren eingebaut werden, die es den Providern erlauben, ihre Pläne zur Aushebelung der Netzneutralität zu verwirklichen.

Das letzte Wort ist hier jedoch noch nicht gesprochen. Denn bevor eine endgültige Fassung der Verordnung in Kraft treten kann, müssen die EU-Parlamentarier und die Mitgliedstaaten über den Kommissionsvorschlag beraten. Dabei werden noch zahlreiche Änderungen an der ursprünglichen Entwurfsfassung vorgenommen. Um schließlich eine gesetzliche Verankerung der Netzneutralität in ganz Europa zu erreichen, werden wir unsere Forderungen weiterhin an unsere Regierung und die EU-Abgeordneten richten, um sie davon zu überzeugen, den Vorschlag der EU Kommission zugunsten der Netzneutralität zu ändern.

Was Du selber tun kannst, um die Netzneutralität in Europa zu bewahren, erfährst Du unter echtesnetz.de

Der Digitale Gesellschaft e.V.

Der Verein „Digitale Gesellschaft e.V.“ hat sich der gerechten und demokratischen Teilhabe aller Menschen am digitalen und vernetzten Zeitalter verschrieben. Er arbeitet unabhängig, parteiübergreifend und kampagnenorientiert. Er finanziert sich durch Spenden, Mitgliedsbeiträge und wird von über 200 Förderern unterstützt.

Wir klären Öffentlichkeit, Politik, Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verbraucher über die Herausforderungen der Netzpolitik auf und setzen uns für digitale Menschen- und Bürgerrechte ein. Wir wollen eine offene und freie digitale Gesellschaft erhalten und mitgestalten.

Für Rückfragen, Interviewanfragen oder Gesprächstermine jeder Art steht der Verein unter der E-Mailadresse info@digitalegesellschaft.de zur Verfügung.



Netzneutralität in der Europäischen Union

Stellen Sie sich vor, Sie schließen einen Internet-Vertrag ab, bekommen aber nur ein "halbes Netz".

Nachdem Sie einige Filme auf Youtube oder in den Mediatheken angesehen haben, wird Ihr Internetzugang auf eine Geschwindigkeit von analogen Modems gedrosselt. Nur die Webseiten von Ihrem Provider werden immer noch schnell durchgeleitet, aber nicht mehr Ihre Lieblingsdienste. Plötzlich können Sie über Ihren Internetzugang generell keine Telefonate führen, keine Streams schauen und keine Musik hören. Um all dies zu ermöglichen, durchleuchten die Provider Ihre Daten und verletzen damit zugleich Ihre Privatsphäre.

Netzsperrn, Blockaden und Drosselung

Was eigentlich unvorstellbar klingt, versuchen die großen Zugangsprovider wie die Telekom zur Zeit durchzusetzen. Damit diesen Plänen ein Ende bereitet wird, und die Inhalte im Netz weiterhin diskriminierungsfrei verfügbar bleiben, muss das Prinzip der Netzneutralität gesetzlich verankert werden.

Nicht nur in Deutschland, auch auf EU-Ebene wird derzeit über die gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität gestritten. Obwohl die EU Kommission jahrelang beteuert hatte, die Netzneutralität europaweit sichern zu wollen, kommt ihr aktueller Gesetzesentwurf einer Abschaffung dieses Grundsatzes gleich. Nutzerinnen und Nutzer müssen sich deshalb dafür einsetzen, dass das echte Netz in Europa und damit auch in Deutschland erhalten bleibt.

Managed Services und gedrosselte Zugänge

Das bislang geltende Prinzip der Netzneutralität droht nun ausgehebelt zu werden. Denn einige Unternehmen wollen diesen Grundsatz kippen: insbesondere die Deutsche Telekom, aber auch andere Anbieter, möchten manche Daten "priorisiert" behandeln dürfen und sogenannte "Managed Services" ermöglichen. Gemeint sind damit Angebote der Provider und ihrer Partnerdienste wie Internettelefonie, Musik- und Videostreaming, die stets in voller, garantierter Qualität verfügbar sein sollen. Parallel dazu will man die heute üblichen Flatrate-Zugänge in der Übertragungsgeschwindigkeit drosseln oder im Surfverhalten beschränken.

Mit diesem Vorgehen hoffen die Telekommunikationsunternehmen, neue Einnahmequellen zu eröffnen und sich für denselben Dienst direkt zweimal bezahlen zu lassen: Denn sowohl Nutzerinnen und Nutzer als auch Diensteanbieter wie Youtube sollen für die Managed Services zur Kasse gebeten werden. Bestimmte Dienste und Inhalte sollen nach Vorstellung der Provider zukünftig also verlässlicher und schneller übertragen werden und damit besser zugänglich sein als andere.

Dies verstößt gegen den Grundsatz der Netzneutralität und schafft ein Zwei-Klassen-Internet, in dem nicht Offenheit und Pluralität, sondern die wirtschaftlichen Interessen der Telekommunikationsunternehmen im Vordergrund stehen. Gleichzeitig wird damit die Innovationskraft des Netzes torpediert, da nur noch die etablierten, zahlungskräftigen Dienste in voller Qualität verfügbar sind, während finanziell schlechter ausgestatteten Start-Ups der Weg ins echte Netz verwehrt bleibt.

Wir fordern daher, Netzneutralität als allgemeines Prinzip für den Internetzugang gesetzlich zu verankern und jegliche unterschiedliche Behandlung einzelner Dienste und Inhalte beim Datentransport im Netz grundsätzlich zu verbieten. Werden Managed Services eingeführt, darf dies nicht zu Lasten der regulären Internetzugänge gehen. Providern darf es nicht erlaubt sein, neben Managed Services ausschließlich gedrosselte oder volumenbeschränkte Zugänge anzubieten.

Zum Schutz der eigenen Geschäftsmodelle sowie derer von Partnerdiensten im Rahmen von Managed Services sperren und verbieten manche Zugangsprovider schon jetzt die Nutzung bestimmter Dienste wie Skype, Peer-to-Peer Netzwerken, Musik- und Videostreaming. Eine solche Blockade von Diensten, Anwendungen und Inhalten missachtet den Grundsatz der Netzneutralität in massivster Form und ist weder mit der inhaltsoffenen Konzeption des Netzes noch mit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung vereinbar. Wenn Provider darüber bestimmen, welche Inhalte wir uns im Netz anschauen und welche Dienste wir nutzen dürfen und welche nicht; so bedroht dies nicht nur die Meinungs- und Informationsfreiheit, sondern auch die persönlichen und wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen. In der Folge wird auch die Chance zur politischen und sozialen Teilhabe in einer digitalisierten Gesellschaft beeinträchtigt.

Wir fordern daher ein striktes gesetzliches Verbot der Blockade und Verlangsamung einzelner Dienste, Anwendungen und Inhalte bei Internetzugängen.

Was ist eigentlich Netzneutralität?

Der Begriff Netzneutralität klingt zunächst ein wenig sperrig, meint jedoch ein ganz einfaches Prinzip: Grundsätzlich werden Daten im Internet stets unabhängig von Absender, Empfänger oder Inhalt gleich schnell oder langsam übertragen – egal zu wem die Daten gehen, welche Dienste sie bereitstellen oder um was für Daten es sich dabei handelt.